



INTERIM ZENTRALER OMNIBUSBAHNHOF GÖPPINGEN

VgV-Verfahren

Objektplanung Verkehrsanlagen inkl. Erstellung
Betriebskonzept

Stand 18.02.2025

1. Art des Verfahrens:

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

2. Auftraggeber:

Stadt Göppingen vertreten durch:
Baubürgermeisterin Eva Noller
Nördliche Ringstraße 35
73033 Göppingen

Kontaktstelle: Stadt Göppingen, Städtische Vergabestelle Kontakt: vergabestelle@goeppingen.de

3. Kurze Beschreibung der Aufgabe: VgV Objektplanung Verkehrsanlagen inkl. Erstellung Betriebskonzept - Interim ZOB Göppingen

Die Stadt Göppingen beabsichtigt den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs Göppingen. Eine Interimslösung wird in diesem Zusammenhang für die Zeit der Bauphase des Neubaus benötigt. Für den Neubau des ZOB hat die Stadt Göppingen einen freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb mit Neubau eines Überdachungsbauwerks für Landschaftsarchitekten, Tragwerksplaner und Architekten durchgeführt. Der Realisierungswettbewerb zielt auf eine Neugestaltung des ZOB und eine Anknüpfung an den Bahnhofsplatz ab. Das daran anschließende VgV-Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Im Zuge des Neubaus des ZOB wird aufgrund der Belegung der dafür vorgesehen Fläche während der Bauphase ein Interims-ZOB notwendig sein. Die Ingenieur Gesellschaft Verkehr Stuttgart IGV hat in diesem Zusammenhang eine Machbarkeitsstudie erstellt, um die Flächen am Fischbergele die unweit nordwestlich des Bestands-ZOBs liegen und derzeit als Parkierungsflächen genutzt werden, als Standort für den Interims-ZOB auszuweisen. Das Gelände am Fischbergele mit einer Fläche von ca. 4000 m² ist aus betrieblicher Sicht grundsätzlich geeignet, um dort einen Interims-ZOB für die vorauss. 17 benötigten Busssteige, inkl. Berücksichtigung des angrenzenden Straßenumfeldes, einzurichten, sofern einige betriebliche Rahmenbedingungen umgesetzt werden:

- Einrichtung einer provisorischen Einstiegshaltestelle in der Bahnhofstraße vor dem Bahnhofsplatz
- Schaffung provisorischer Schienenanschlüsse für weitere Linien
- Berücksichtigung des möglichen Schienenersatzverkehrs
- die Bahnhofstraße muss für nach Osten ausfahrende Busse während der Bauzeit des ZOB befahrbar bleiben

In den weiteren Planungsschritten zur Umsetzung des Interims-ZOB sind zur Erstellung eines Betriebskonzepts folgende betriebliche Aspekte zu untersuchen:

- Prüfung und Gewährleistung der SPNV-Anschlüsse
- (z. B. Einrichtung provisorische Einstiegshaltestelle in Bahnhofstraße vor dem Bahnhofsplatz)
- Prüfung und Gewährleistung der Funktionalität der Umläufe der einzelnen Linien (Fahrtverläufe und Fahrzeiten)
- Prüfung und Gewährleistung der Funktionalität der Bus-Bus-Anschlüsse
- Umsetzung der betrieblichen Änderungen in Fahrplänen
- Zuordnung der Linien zu den Halteplätzen des Interims-ZOB
- Abstimmung des Betriebskonzepts mit dem Landratsamt, dem VVS und den Verkehrsunternehmen

Die Baumaßnahmen für den Neubau ZOB sollen im Januar 2027 beginnen. Geplant ist eine voraussichtliche Inbetriebnahme im Sommer 2028.

Folgerichtig sollen die Planungen für den Interim-ZOB direkt im Anschluss an das VgV-Verfahren beginnen und bis zum Baubeginn Neubau ZOB abgeschlossen sein. Das Erstellen des Betriebskonzepts ist Teil der Aufgabe.

Für die Planung der Interims-Lösung werden Leistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen, inkl. Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB als besondere Leistung, erforderlich sein.

Parallel zu diesem Verfahren laufen die VgV-Verfahren für den Neubau des ZOB. Hier werden neben Fachplanungsleistungen für Verkehrsanlagen und der Fachplanung Technische Ausrüstung (Elektro) auch Tiefbaumaßnahmen notwendig sein. Bewerbungen für beide Verfahren werden ausdrücklich begrüßt.

Die Baukosten für die Interimslösung werden auf ca. 1 Mio. € brutto geschätzt.

Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 20.05.2025 statt.

4. Termine

EU-Bekanntmachung: 17.02.2025 über die Vergabepattform vergabe24

Bewerbungsschluss: 21.03.2025 | 11:00 Uhr

Bieterauswahl: 08.04.2025 | 09:00-10:30 Uhr (digital)

Angebotsaufforderung: 10.04.2025

Submission Honorarangebot: 05.05.2025

Verhandlungsgespräche: 20.05.2025

Abgabe finales Angebot: KW 23

5. Beschreibung der Beschaffung Verkehrsplanung

Für die Leistungen der Verkehrsplanung gem. § 45-48 HOAI, LPH 1-3,5-8, +9, sowie besondere Leistungen: Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB, örtliche Bauüberwachung, wird ein geeignetes Ingenieurbüro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe.

Der Entwurf des Betriebskonzepts wird als Orientierung zur Verfügung gestellt.

Das Kapitel 4 ist nicht verwendbar (Die Ein- und Ausfahrt darf nicht über die Willi-Bleicher-Straße erfolgen im westlichen Bereich), hierfür werden zusätzliche / weitere Untersuchungen erstellt, welche aktuell ausgearbeitet werden und den Bietern bis Ende März zur Verfügung gestellt werden.

6. Berufsstand Verkehrsplanung

Teilnahmeberechtigt sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Herkunftsstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung Ingenieur der Fachrichtung Verkehrsplanung zu führen.

7. Vergabeverfahren

Es wird ein EU-weites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchgeführt.

7.1 Teilnahmewettbewerb Verkehrsplanung

Bei dem gewählten Vergabeverfahren handelt es sich um ein EU-Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb. Hierbei wird eine unbeschränkte Anzahl von Büros im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen aufgefordert. Jedes interessierte Büro kann einen Teilnahmeantrag über die Vergabe-Plattform www.vergabe24.de abgeben. Mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Bieter die vom öffentlichen Auftraggeber geforderten Informationen für die Prüfung ihrer Eignung (Eigenerklärung zur Eignung und Anzahl der bereits abgeschlossenen vergleichbaren Projekte – siehe Teilnahmeantrag).

Geplante Anzahl der ausgewählten Bewerber: 3

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden maximal 3 Bewerber/ Bewerbergemeinschaften.

Gibt es nur 3 oder weniger Bewerber/ Bewerbergemeinschaften ohne Ausschlussgründe und mit einem formal ordnungsgemäßen und den Mindestbedingungen entsprechenden Teilnahmeantrag werden nur diese zugelassen.

Sollten die Voraussetzungen bei mehr als 3 vorliegen, werden die 3 zugelassen, die bei den folgenden Kriterien die höchste Punktzahl erzielen:

7.1.1 finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (insgesamt 20%, 100 mögliche Punkte)

Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur 100 Punkte.

Es soll eine Erklärung über den Gesamtjahresumsatz (netto) des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren und eine Erklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Jahren abgegeben werden.

7.1.2 technische Leistungsfähigkeit (insgesamt 80%, 400 mögliche Punkte)

Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern.

Es können 2 Referenzen gewertet werden.

Referenz A ist zwingend erforderlich, die Referenz B ist optional.

In jeder Referenzkategorie kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden.
Mehrfachnennungen sind nicht möglich.

Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein.

Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte:

max. 200 Punkte für Referenz A (40%)

max. 200 Punkte für Referenz B (40%)

Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien **500 Punkte** erreicht werden.

Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden.

7.2 Beschreibung der Referenzen Verkehrsplanung:

Referenz A – zwingend:

Nachweis der Verkehrsplanung gem. HOAI eines realisierten und vergleichbaren Projekts (Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, ZOB wird höher bewertet).
(Kriterien der Vergleichbarkeit in absteigender Reihenfolge der Bewertung: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung).

Für Referenz A gilt folgende Mindestanforderung:

- Nachweis der Verkehrsplanung eines realisierten vergleichbaren Projekts zum Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen
- Baukosten netto mind. 0,5 Mio. €
- Leistungszeitraum 2014 – 2024
- Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-3, 5-8) im Unternehmen

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto des Objekts zum Nachweis der Realisierung.

Referenz B - optional:

Nachweis der Verkehrsplanung gem. HOAI eines realisierten und vergleichbaren Projekts (Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, ZOB wird höher bewertet).
(Kriterien der Vergleichbarkeit in absteigender Reihenfolge der Bewertung: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung).

Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung:

- Nachweis der Verkehrsplanung eines realisierten vergleichbaren Projekts zum Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen
- Baukosten netto mind. 0,5 Mio. €
- Leistungszeitraum 2014 – 2024
- Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-3, 5-8) im Unternehmen

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto des Objekts zum Nachweis der Realisierung.

Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

8. Zuschlagkriterien:

Projektorganisation / Gewichtung: 20

Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter / Gewichtung: 35

Projektmanagement / Gewichtung: 35

Honorarangebot / Gewichtung: 10

9. Vertragsbestandteile:

Grundlage dieser Ausschreibung sind die Bestimmungen des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) und VgV (Vergabeverordnung) in der z. Z. gültigen Fassung, soweit die allgemeinen Vorbemerkungen und Bewerbungsbedingungen bzw. die beigefügten Tabellen keine abweichenden Bestimmungen enthalten. Mit Einreichung des Angebots erklärt sich der Bieter mit den Vertragsunterlagen vorbehaltlos einverstanden. Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers ("Allgemeine Geschäftsbedingungen – AGB") werden nicht Bestandteil des Vertrags. Rechtswirksam sind nur schriftliche und unterschriebene Aufträge des Auftraggebers. Bieterfragen, Fragen zur Ausschreibung Telefonische oder persönliche Auskünfte sind unverbindlich und bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Die Verdingungsunterlagen, ergänzende oder berichtigende Angaben werden allen Bietern elektronisch zur Verfügung gestellt, ebenso Antworten auf Fragen grundsätzlicher Art. Bieterfragen sind bis 6 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Die Fragen sind in Textform über das Vergabeportal oder an die Vergabestelle unter vergabestelle@goeppingen.de zu richten und müssen konkreten Bezug zu den Vergabeunterlagen haben. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen. Der Auftraggeber beabsichtigt, die Fragen kurzfristig zu beantworten. Die Klärung von Fragen hat grundsätzlich keinen Einfluss auf gesetzte Termine.

10. Bindefrist

Bindefrist des Angebots: 60 Kalendertage

11. Anlage Veröffentlichung

Folgende Anlagen liegen der Bekanntmachung bei:

- Teilnahmeantrag
- Formular Eignungsleihe
- Formular Unterauftragnehmer
- Matrizen Auswahlkriterien
- Voruntersuchungen zum Interims-ZOB (werden voraussichtlich Mitte März noch ergänzt)

12. Anlagen zur Angebotsaufforderung

- Angebotsformular
- Luftbild, Bilder Bestand
- Bestandspläne
- Leitungspläne